

Bürger setzen sich für Bürger ein!

Unsere Bürgerinitiative ist aus der Thematik Bahnhofstraße OAS entstanden. Schnell wurde uns Bürgern klar: Straßensanierung und Finanzierung, Straßenausbau und Umbau betrifft viele Straßen und deren Anlieger in OAS.

Die Oberasbacher Bürgerschaft zeigt großes Interesse an unseren mühsam, aber erfolgreich zusammengetragenen, geprüften Informationen und Fakten, unsere Mitgliederzahl wächst rasant an.



Bürger aus allen Stadtteilen Oberasbachs, aus den verschiedensten Berufsgruppen, junge Menschen, Familien, Rentner stehen hinter uns und pflichten uns bei.

Weiteren Rückhalt, Beratung bzw. Hilfe erfahren wir durch

- Zahlreiche Bürgerinitiativen aus dem Fürther Landkreis
- Verband Wohneigentum Landesverband Bayern e.V., Weiden
- Allgemeiner Verband für gerechte Kommunalabgaben in Deutschland e.V. Erfurt
- Eigenheimerverband Bayern e.V.
- Verband der Grundstücksnutzer in Deutschland e.V.
- Netzwerk der Bayerischen Bürgerinitiativen für gerechte Kommunalabgaben (Verbib)
- Nürnberger Erklärung

Warum setzen wir uns für **alle** Oberasbacher ein?

Die Stadt Oberasbach arbeitet seit Jahren an der Erstellung eines Katasters von Oberasbacher Straßen für die ein Abwälzen der Straßenbaumaßnahmen zu 90% als sogenannte fiktive Erschließung auf die Anlieger möglich ist! Was bedeutet das?

Der Fall Bahnhofstraße legt klar offen, dass Anwohner Erschließungskosten bereits vor Jahren bezahlt haben. (Belege liegen vor.) Diese bereits gezahlten Erschließungskosten können plötzlich als Teilerschließungskosten bezeichnet werden, wodurch erneut Erschließungskosten in einem hohen 5-stelligen Bereich (!) erhoben werden können.

Diese Vorgehensweise der Stadt Oberasbach liegt uns als Schreiben der Stadt Oberasbach vor!

Das kann uns alle treffen, die Stadt gibt keine Informationen über den Stand des Katasters nach außen.

Bitte lesen Sie auf der Rückseite weiter!

Liebe Mitbürger, bitte beantworten Sie diese Fragen selbst und bilden sich Ihre Meinung!

Warum werden die **Straßen, die im Kataster gesammelt werden**, trotz mehrfacher Anfragen von Stadträten und Bürgern nicht genannt, so dass der einzelne weiß, was die Stadt mit ihm und seiner Straße vor hat??

Warum drängt man Bürger mit **hohen Geldbeträgen für Straßenbaumaßnahmen** in finanzielle Existenznöte mit dem Mittel der fiktiven Erschließung, obwohl es keinerlei Gesetzesvorschrift in Form eines Erschließungszwangs gibt?

Warum setzt man **Straßensanierungskonzepte**, wie z.B. in Rednitzhembach, die für den Bürger kostenneutral und den Stadthaushalt günstig sind hier in OAS nicht um?

Warum kann der Kauf oder Besitz von Altimmobilien in OAS **so riskant** sein? Da es anscheinend keine Sicherheit gibt, dass bezahlte Erschließungskosten urplötzlich zu Teilerschließungskosten werden. Eine böse Überraschung für jeden, der beim Haus- oder Wohnungskauf gerade knapp gerechnet hat.

Warum veranlasst der verfehlt kommunale Straßenbau, wie z.B. bei uns in OAS, die Bürger zu bundesweitem Widerstand?

Ein Auszug aus der Nürnberger Erklärung vom 17. April 2013

... Ungerechtigkeit und Willkür durch „fiktive Ersterschließung“ nach BauGB

Bundesweit und daher auch in Bayern gehen die Kommunen aufgrund einer Rechtslücke im BauGB dazu über, auch solche Straßenanlieger mit so genannten „fiktiven Erschließungsmaßnahmen“ zu überziehen, deren Grundstücke nicht in einem neu erschlossenen Baugebiet liegen. Häufig wird behauptet, die Anlage war noch nicht fertig gestellt, obwohl die Anlage nebst Teileinrichtungen nach der Verkehrsauffassung seit Jahrzehnten im bestimmungsgemäßen Gebrauch ist. Schluss mit der „Kalten Enteignung“ durch Straßenausbausatzungen und „fiktive Ersterschließung“, daher unsere Forderungen an den Bayerischen Landtag: 1. Unterbindung der fiktiven Ersterschließung nach dem BauGB durch Schließung einer Gesetzeslücke ...

Quelle:

Verband Wohneigentum Landesverband Bayern e.V., Weiden

Allgemeiner Verband für gerechte Kommunalabgaben in Deutschland e.V. Erfurt

Eigenheimerverband Bayern e.V.

Verband der Grundstücksnutzer in Deutschland e.V.

Netzwerk der Bayerischen Bürgerinitiativen für gerechte Kommunalabgaben

Rechtsanwalt Dr. Jürgen Söhnlein, Neumarkt

Weder CSU, FW-Freie Wähler, FDP/FOB und Grüne führen mit uns Bürgern einen Dialog! Die immer wieder zugesagte Bürgerbeteiligung und Information blieb aus!

Einzig Marco Maurer mit seinem Team der SPD hat ein offenes Ohr für die Nöte der Bürger und stellte sich klar hinter die Forderung nach einer Straßensanierung aus öffentlichen Mitteln und gegen das Abkassieren der Bürger für das Allgemeingut Straße.

Unser Vertrauen in die Stadtratsfraktionen von CSU, FW, FDP und Grünen ist verloren gegangen. Familien, die stets konservativ gewählt haben, sind schockiert, wie man mit Ihnen als klassischer Wählerschaft umgeht.

Bürgerinitiative Bahnhofstraße

Ursula Hahn, Bahnhofstraße 22, 90522 Oberasbach

Jochen Wening, Flurstraße 6, 90522 Oberasbach

